

Nachtrag zum Gesetz über die Strassenverkehrssteuer



Abstimmungsempfehlung für den 27. November 2016

NEIN zur Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)»

JA zum Nachtrag zum Steuergesetz «Streichung der Erbschafts- und Schenkungssteuern in Obwalden»

NEIN zum Nachtrag Gesetz über die Strassenverkehrssteuer «Strassensteuererhöhung mit Zweckentfremdung»

Gehen Sie bitte an die Urne, Danke!

Stimmen auch Sie am 27. November 2016 mit Überzeugung

NEIN

zur **Strassensteuererhöhung**
und zur **Zweckentfremdung!**

Warum ein Referendum zur Erhöhung der Strassenverkehrssteuer?

Der kantonale Staatshaushalt muss langfristig gesund bleiben. Die Regierung hat darum vom Kantonsrat den Auftrag erhalten, 20 Mio. Franken einzusparen. Was macht die Regierung? Anstatt den klaren Sparauftrag auszuführen, will sie die Strassenverkehrssteuer erhöhen, obwohl diese zweckgebunden sind. Sie bittet die Bürger, das Gewerbe und die Landwirtschaft zur Kasse. Einnahmen erhöhen, statt Ausgaben senken. Das ist unredlich. Darum hat die SVP das Referendum ergriffen, welches sich in keiner Art und Weise gegen die Kantonspolizei oder deren Arbeit richtet!

Mit Ihrem **NEIN** unterstützen Sie das geltende Gesetz mit der klaren Verwendung der Strassenverkehrssteuer für die Verkehrssicherheit und den Strassenunterhalt!

Liebe Obwaldner Strassenbenutzerinnen und Strassenbenutzer

Auch wenn es gemäss Regierungsrat sich nur um kleine Betragserhöhungen pro Fahrzeug handelt, darf der motorisierte Individualverkehr nicht dauernd zur Kasse gebeten werden!

Der allgemeine Staatshaushalt wird zudem schon mit der laufenden Budgeterhöhung der Busenerträge (Budget 2016: 2.35 Mio. Fr.) aufgebessert. Weiter steht auch noch die Beschränkung des Pendlerabzuges auf nur noch Fr. 3'000.-- im Raum, um die allgemeinen Staatsfinanzen auszubessern!

Der Regierungsrat begründet die Erhöhung auch damit, dass im Kanton Obwalden diese Steuern im schweizerischen Durchschnitt sehr tief sind. Was ist daran falsch und warum gehört diese tiefe Steuerbelastung nicht zum Standortvorteil?

Stimmen Sie am 27. November 2016 mit Überzeugung **NEIN**, weil:

- **der Zweckentfremdung der Strassengelder ein Ende gesetzt werden muss.**
- **diese Steuern nur zum Zweck der Verkehrssicherheit und dem Strassenunterhalt eingesetzt werden dürfen.**
- **diese Steuererhöhung von 5% ohne Not und nur auf Vorrat geschieht.**
- **höhere Steuern der Wirtschaft und dem Gewerbe schaden.**

JA zur Aufhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer in OW

Die Investition in die Aufhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuern in Obwalden stärkt den Standort von Obwalden und führt die erfolgreiche Steuerstrategie weiter.

Diese Strategie wird von der SVP klar unterstützt. Während die Linken in Obwalden immer mehr Sozial- und Staatsausbau betreiben, setzt sich die SVP Obwalden für den Mittelstand und für tiefe Steuern, Gebühren und Abgaben für alle ein.



www.obsi-obwalden.ch

Stimmen auch Sie am 27. November 2016 mit Überzeugung **JA**.

Finanzpolitik - Grundsätze der SVP Obwalden

Voraussetzung für eine konkurrenzfähige Wirtschaft, für Sicherheit und Wohlstand sind ausgeglichene öffentliche Finanzhaushalte. Die SVP Obwalden fordert vom Kanton Obwalden und den Gemeinden ausgeglichene Budgets und eine transparente Finanzplanung. Die Ausgaben haben sich nach den Einnahmen zu richten und nicht umgekehrt.

Die SVP Obwalden wehrt sich gegen Steuererhöhungen, vor allem wenn sie versteckt erfolgen sowie die Erhebung von neuen Steuern, Gebühren und Abgaben.

Werden Sie Mitglied und helfen Sie uns, diese Politik noch mehr zu unterstützen.

Name: Vorname:
Adresse: PLZ / Ort:
Geb.-Datum: Beruf:
Telefon: Mobile:
E-Mail:
Datum: Unterschrift:

Einsenden an: SVP Obwalden, Postfach 1512, 6061 Sarnen
Bankverbindung OKB: IBAN CH07 0078 0013 0522 0770 5